

# Argumentationshilfe: Zehn Argumente für Studiengebühren und ihre Widerlegung

## Inhalt

1	Studiendauer .....	1
2	Studienqualität & öffentliche Finanzlage .....	1
3	Soziale Gerechtigkeit & gesellschaftlicher Nutzen .....	3
4	Universitätsentwicklung .....	3
5	Eigenverantwortung .....	4
6	Vermeidung von Härten durch „nachlaufende Gebühren“ .....	4
7	Erwartungshaltung der Studierenden .....	5
8	Privatisierung .....	5
9	Erweiterung der Autonomie .....	5
10	Profilbildung der Hochschulen .....	6
11	Fazit .....	6
12	Quellen & weitere Informationen .....	6

## 1 Studiendauer

### Argument

Studiengebühren veranlassen die StudentInnen zu zielstrebigem Studium. Langsame StudentInnen haben finanzielle Nachteile, da sie länger zahlen müssen. Gebühren bewirken also einen finanziellen Anreiz, zügiger zu studieren und der Gesellschaft / Wirtschaft früher zur Verfügung zu stehen. Ein früherer Studienabschluss kommt dem Einzelnen, seiner Familie und der Volkswirtschaft zugute.

### Widerlegung

Der wichtigste Zweck des Studiums ist die Bildung des Individuums zur Selbstentfaltung und zur Entwicklung eines kritischen unabhängigen Geistes und *nicht* die zügige Verfügbarstellung des eigenen Wissens für die Wirtschaft. Im Hinblick auf das vorrangige Ziel ist eine Beschleunigung des Studiums nicht unbedingt wünschenswert. Es steht vielmehr zu befürchten, dass wichtige Facetten des Studierens – wie z. B. der Blick über Tellerrand des eigenen Faches – bei zwangsweise verkürzten Studienzeiten verloren gehen.

Außerdem sind die Rahmenbedingungen für ein beschleunigtes Studium in vielen Fächern überhaupt nicht gegeben. Überfüllte Seminare, Wartelisten vor Prüfungen und unzureichende staatliche Unterstützung zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts sind nur einige Aspekte hiervon. Die Einführung von Studiengebühren würde diese Bedingungen sogar noch verschärfen, da die StudentInnen diese zusätzlich zum Lebensunterhalt finanzieren müssten – im Zweifelsfall durch zeitraubende Nebenjobs.

## 2 Studienqualität & öffentliche Finanzlage

## Argument

Leere Kassen und Sparzwänge verstärken den Druck, nach alternativen Finanzierungsquellen für ein konkurrenzfähiges Hochschulangebot zu suchen. Derzeit werden die Universitäten fast ausschließlich vom Staat finanziert. Ziel muss sein, die Qualität der Hochschulen zu verbessern, ohne die staatlichen Zuweisungen auszuweiten. Dies können Studiengebühren leisten.

## Widerlegung

Es besteht die Gefahr, dass die Einkünfte durch Studiengebühren benutzt werden, um die Ausgaben für Universitäten weiter zu kürzen und so Haushaltslöcher in den Landeshaushalten zu schließen. Trotz gegenteiliger Zusagen wird dieses Thema bei jeder Haushaltsdebatte eine neue Versuchung darstellen.

Des Weiteren besteht der Eindruck, dass mit Studiengebühren der einfachste Weg zur Bewältigung der schlechten Finanzlage der Universitäten beschritten würde. Auf der Einnahmenseite werden andere Finanzierungsmöglichkeiten wie Fundraising dadurch vernachlässigt. Auf der Ausgabenseite ist zu vermuten, dass notwendige

Strukturveränderungen wie die Abschaffung des Beamtenstatus von Professoren, die Einführung von leistungsorientierten Entgeltsystemen für das Lehrpersonal und die Verbesserung des Hochschulmanagements angesichts neuer Einnahmen durch Studiengebühren noch weiter hinausgeschoben bzw. ganz verdrängt werden.

### 3 Soziale Gerechtigkeit & gesellschaftlicher Nutzen

#### Argument

In Deutschland ist die Hochschulbildung „frei“. Doch „frei“ bedeutet nicht, dass sie nichts kostet (sie kostet jährlich ca. 15 Milliarden Euro), sondern dass nicht die NutznießerInnen selber, sondern Dritte dafür zahlen. Die allermeisten Studierenden stammen aus der Mittel- und Oberschicht. Über Steuern und Abgaben zahlen aber alle BürgerInnen für eine freie Hochschulbildung – auch BürgerInnen der Unterschicht, deren Kinder meist nicht studieren. Zwar zahlen die Besserverdienenden auch mehr Steuern, doch die Kosten, die dem Staat durch deren studierende Kinder entstehen, liegen deutlich darüber. AkademikerInnen verdienen – aufgrund ihres Studiums – über das Leben gerechnet rund 50 % mehr als unstudierte Bürger, zahlen aber weniger als die Hälfte ihrer Studienkosten über höhere Steuern an die Solidargemeinschaft zurück. Es ist eine soziale Ungerechtigkeit, dass die Armen über Steuern und Abgaben ein Bildungssystem mitfinanzieren müssen, von dem ausgerechnet mehrheitlich die Reichen profitieren.

Studiengebühren würden die Profiteure des Studiums angemessen an seinen Kosten beteiligen. Das zugrundeliegende Problem des ungleichen Hochschulzugangs von Arm und Reich würden sie dabei *nicht* verschärfen, da der Hauptgrund hierfür nicht die Kosten des Studiums, sondern bereits ungleiche Zugangschancen zum Gymnasium (und damit zur Hochschulreife) sind. Hier müsste also außerdem angesetzt werden.

#### Widerlegung

Zum einen ist die These zu bezweifeln, dass AkademikerInnen überproportional von ihrem Studium profitieren. Schließlich haben sie meist eine deutlich geringere Lebensarbeitszeit und daher allein oft niedrigere Rentenansprüche. Außerdem lassen solche Kosten-Nutzen-Rechnungen häufig die positiven externen Effekte des Hochschulstudiums außer Acht: Von Forschung, Wissenserwerb und Technologieentwicklung profitiert die gesamte Gesellschaft, auch die Nicht-AkademikerInnen. Doch selbst, wenn Studierende am Lebensende auch finanziell vom Studium profitiert hätten, lautet die Aufgabe doch, ein gerechteres Steuersystem zu schaffen, das auch SpitzenverdienerInnen (ob AkademikerInnen oder nicht) zu einer adäquaten Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht.

Zum anderen verschlimmern Studiengebühren den sozial ungleich verteilten Zugang zu Hochschulbildung. Vorrangiges Ziel von Bildungspolitik muss es sein, den Hochschulzugang allen Schichten gleichermaßen und damit mehr Menschen insgesamt zu öffnen. Selbst wenn die Ansatzpunkte hierfür in erster Linie viel früher in der individuellen Bildungsbiographie liegen (Stichwort Selektion in der Schule), wirken Gebühren für das Hochschulstudium schon psychologisch zusätzlich abschreckend für junge Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen.

### 4 Universitätsentwicklung

#### Argument

Wird das Studium als finanzielle Investition des Studierenden betrachtet, so kann man durch Studiengebühren den jeweiligen Abschlüssen und sogar einzelnen Teilabschlüssen, wie Scheinen etc. konkrete Kosten zuordnen. Diese stehen dann dem Nutzen (der Verwertbarkeit) im späteren Berufsleben gegenüber. Aufgrund des ungünstigeren Kosten-Nutzen-Verhältnisses werden diejenigen Fächer, die in unserer Gesellschaft eine niedrigere

oder weniger unmittelbarere finanzielle Verwertbarkeit besitzen gegenüber anderen abgewertet. Indem solche Marktmechanismen wirksam gemacht werden, befreit sich das Universitätswesen von wirtschaftlich weniger wertvollen Fächern oder "ineffizienten" Studienabläufen.

## Widerlegung

Wie bereits beim ersten Argument festgestellt: Der wichtigste Zweck des Studiums ist *nicht* die maximale wirtschaftliche Verwertbarkeit von Wissen. Abgesehen davon profitiert die Gesellschaft in oft nicht messbarer Weise auch von der Existenz wirtschaftsferner „Orchideenfächer“. Diese sind entscheidend für unsere kulturelle gesellschaftliche Entwicklung und haben einen Wert an sich.

## 5 Eigenverantwortung

### Argument

Ein Studiensystem mit Gebühren regt die Studierenden zu mehr Verantwortung an, wenn es um Entscheidungen zwischen StudentInnenjobs oder intensivem Studium geht. Eigenverantwortung ist neben der fachlichen Ausbildung ein Wert, der von künftigen AkademikerInnen und ManagerInnen erwartet wird und insbesondere von SchulabgängerInnen für die Aufnahme einer Ausbildung bereits gefordert wird.

### Widerlegung

Eigenverantwortung ist überall dort gefordert, wo niemand anders dem Individuum die Entscheidung für sein Leben abnimmt. Dies ist bereits jetzt – in je nach Fach unterschiedlichem Ausmaß – im Studium der Fall. Auch jetzt schon müssen Studierende unter dem Druck späteren beruflichen Erfolgs laufend Entscheidungen treffen. Studiengebühren würden die Rahmenbedingungen dieser Entscheidungen verändern, ihre Notwendigkeit an sich jedoch nicht. Eigenverantwortlich sind die zu treffenden Entscheidungen in jedem Fall, ob mit oder ohne Gebühren.

## 6 Vermeidung von Härten durch „nachlaufende Gebühren“

### Argument

Studiengebühren könnten so gestaltet werden, dass sie erst nach Abschluss eines Studiums fällig würden. Solche „nachlaufenden Gebühren“ wären zumutbar, da die fertigen AkademikerInnen nun finanziell in der Lage wären, sie zu begleichen. Damit würden sie auch nicht mehr selektiv auf die verschiedenen sozialen Schichten wirken, da diese ja durch den Hochschulabschluss und die damit verbundenen besseren Erwerbschancen aufgehoben sind.

### Widerlegung

Dass Studiengebühren – egal, welcher Art – sozialverträglich gestaltet werden können, ist eine weit verbreitete Illusion, die bisher weder praktisch noch theoretisch belegt werden konnte. Auch bei nachlaufenden Gebührenmodellen stehen die Studierenden am Ende ihres Studiums vor einem Schuldenberg, der bereits vor dem Studium abschreckend wirkt: besonders auf jene, die aus sozial schwachen Schichten stammen. Die soziale Selektion beim Hochschulzugang würde weiter verschlimmert.

## 7 Erwartungshaltung der Studierenden

### Argument

Studierende, die für ihr Studium bezahlen, werden von der Hochschule als Lieferantin der Ware Bildung mehr erwarten. Sie werden sich vermutlich auch verstärkt dafür einsetzen, dass ihre hohen Erwartungen in entsprechende Studienqualität umgesetzt werden.

### Widerlegung

„Nur was viel kostet, kann auch gut sein.“ Danach müssten die Universitäten ein Interesse an hohen Gebühren haben. Schließlich werden damit gute Studienbedingungen verbunden. Damit besteht aber die Gefahr einer Gebührenspirale. Denn welche Hochschule will schon als „Billig-Uni“ dastehen? Außerdem würde eine Universität mit geringen Gebühren zwangsläufig viele Studierende anlocken, die sich ein teureres Studium nicht leisten können. Daran kann die Hochschule jedoch kein Interesse haben, da überfüllte Hörsäle den Ruf der qualitativ schlechten „Billig-Uni“ noch weiter verstärken würden. Die Gebührenspirale unter den Universitäten würde sich weiter drehen.

Ob die Studienqualität an deutschen Hochschulen steigt, liegt an Instrumenten wie leistungsorientierter Bezahlung des Lehrpersonals und wirksamer Mitsprache der Studierenden. Eine höhere Qualitätserwartung der Universität gegenüber allein würde gar nichts ändern.

## 8 Privatisierung

### Argument

Studiengebühren sind eine der Voraussetzungen, um einen Bildungsmarkt zu schaffen und das heute in Europa meist staatliche Hochschulwesen zu privatisieren.

### Widerlegung

Zu einer Privatisierung der Hochschulen gehört eine Aufhebung des Beamtenstatus der Professoren. Diese zwingende Voraussetzung wird von den BefürworterInnen meist übergangen. Abgesehen davon ist eine Privatisierung des Bildungswesens prinzipiell *nicht* wünschenswert. Bildung ist ein öffentliches Gut, von dem die Gesellschaft als ganze profitiert. Öffentliche Güter werden von privaten Institutionen nie in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt, da diese eben nur ihr *privates* Interesse verfolgen. Aus diesem Grund muss Hochschulbildung staatlich bleiben.

## 9 Erweiterung der Autonomie

### Argument

Durch Studiengebühren erlangen die Hochschulen mehr Autonomie vom Staat, da sie weniger von seinen finanziellen Zuweisungen abhängig sind.

### Widerlegung

Organisatorische, inhaltliche und administrative Unabhängigkeit erlangen Hochschulen einzig und allein dadurch, dass der Staat zu weitgehende Eingriffe in die Hochschulautonomie aus den Hochschulgesetzen entfernt. Studiengebühren ändern hier zunächst gar nichts.

Studiengebühren erhöhen aber auch die *finanzielle* Unabhängigkeit der Universitäten nicht: Schließlich sollen die Einnahmen aus Studiengebühren den Hochschulen ja *zusätzlich* zu den bisherigen staatlichen Zuwendungen zukommen, wie von GebührenbefürworterInnen immer wieder betont wird. Damit bleibt die Abhängigkeit von den bestehenden staatlichen Finanzierungsquellen aber bestehen.

## 10 Profilbildung der Hochschulen

### Argument

Studiengebühren können ein weiteres Element der – ohnehin angestrebten – Profilbildung der Hochschulen sein: Wenn jede Universität selbst entscheiden kann, in welcher Höhe sie Gebühren für welche Fächer erhebt, kann sie ihr eigenes Profil mit Schwerpunkten, Stärken und Schwächen entwickeln. Wenn sich die Universität in bestimmten Fächern besonders um Qualität bemüht, kann sie hierfür auch einen besonderen Preis verlangen. Die Studierenden können dann überlegen, wie viel in ihnen die jeweilige Qualität wert ist.

### Widerlegung

Eine unterschiedliche Gebührenerhebung nach Fach und Universität verstärkt die soziale Selektion unter den Studierenden. Qualitativ hohe Angebote werden – stärker noch als bei einem einheitlichen Gebührenmodell – nur denen eröffnet, die es sich leisten können. Diesen stehen nach Studienabschluss in einem qualitativ hochwertigen Fach natürlich auch besser bezahlte Jobs offen. Die soziale Schere öffnet sich weiter.

Zudem entstünde so eine Preissteigerungsspirale unter den Hochschulen: Eine Universität mit geringen Gebühren würde zwangsläufig viele Studierende anlocken, die sich ein teureres Studium nicht leisten können. Dies würde die bestehenden Strukturen dort jedoch überfordern. Überfüllte Hörsäle und der Ruf als qualitativ schlechte „Billig-Uni“ wären die Folge.

## 11 Fazit

Die o. g. Diskussion aller von GebührenbefürworterInnen vorgebrachten Argumente hat gezeigt, dass diese nicht überzeugen können. Daher spricht sich die Naturfreundejugend Deutschlands eindeutig für ein gebührenfreies Studium aus.

## 12 Quellen & weitere Informationen

[http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/warum\\_keine\\_gebuehren.php](http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/warum_keine_gebuehren.php) u. a.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Studiengeb%C3%BChren>

<http://www.ja-zu-studiengebuehren.de/>

<http://www.taz.de/pt/2004/10/20/a0197.nf/text>

<http://www.che.de/studiengebuehren.php>

<http://www.abs-bund.de/argumente/studiengebuehren/>

<http://www.nein-zu-studiengebuehren.de/>

<http://www.sciencegarden.de/meinung/200210/sxtudgeb/studiengebuehren.php>

<http://www.novo-magazin.de/69/novo6916.htm>

[http://www.bundestag.de/bic/analysen/2004/2004\\_02\\_20.pdf](http://www.bundestag.de/bic/analysen/2004/2004_02_20.pdf)